

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Jahresabschluß 2001 der deutschen Holz- und Möbelindustrie</b>	<b>2</b>
<b>Die Kunststoff verarbeitende Industrie 2001</b>	<b>3</b>
<b>Leiner/kika signalisiert Einlenken</b>	<b>3</b>
<b>Einstweilige Verfügung gegen Leiner/kika auch in Österreich</b>	<b>4</b>
<b>Basel II – Ungewissheit für den Mittelstand</b>	<b>5</b>
<b>Basel II – Unseriöse Panikmache</b>	<b>6</b>
<b>Genehmigung der Ökosteuer-Ermäßigungen</b>	<b>7</b>
<b>Furniture China 2002 – Asiens größte internationale Möbelmesse auf neuem Gelände.</b>	<b>7</b>
<b>Kabinett verabschiedete Altholzverordnung</b>	<b>7</b>
<b>Marktinformation Laubholz</b>	<b>8</b>
<b>Möbliering des Deutschen Bundestages</b>	<b>8</b>

## **Jahresabschluß 2001 der deutschen Holz- und Möbelindustrie**

Unser Industriezweig musste im vergangenen Jahr das schlechteste Ergebnis seit 1995 verkraften. Der Umsatz der Gesamtbranche ging um 3,1 Prozent auf 39,4 Mrd. € zurück. Rund 11.000 Beschäftigte und „statistisch“ gesehen 103 Unternehmen weniger – so lautete die traurige Bilanz des Jahres 2001, in das wir hoffnungsfroh gestartet waren.

Bei den Möbelherstellern als der größten Branche der Holzindustrie ging der Umsatz zwischen Januar und Dezember 2001 um 1,6 Prozent auf 22,3 Milliarden € zurück. Dieser Rückgang ist mit Ausnahme des Jahres 1997 (-1,9%) der stärkste der vergangenen sechs Jahre. Die konjunkturelle Talfahrt und die Verunsicherung der Verbraucher hat offensichtlich dazu geführt, dass der Kauf von langlebigen Konsumgütern aufgeschoben wurde. Neben positiven und negativen Firmenkongjunkturen, die in diesem statistischen Durchschnittswert nicht abgebildet werden, zeichnen auch die einzelnen Sparten der Möbelindustrie ein unterschiedliches Bild:

So konnten die Hersteller von Sitzmöbeln ihren Absatz um 1,6 Prozent auf 7,4 Milliarden € steigern. Die Umsatzzahlen bei Matratzen waren mit 0,8 Milliarden € nahezu unverändert (+0,2%). Büro- und Ladenmöbel, die sich im Jahresverlauf gegen den allgemein negativen Trend stemmen konnten, lagen am Ende mit 0,3 Prozent im Minus (2,9 Mrd. €). Mit einem Rückgang von 3,6 Prozent auf 3,8 Milliarden € rangierten die Küchenmöbler ebenso unter dem Branchenschnitt wie die Hersteller von Wohn-, Ess- und Schlafzimmernmöbeln (-4,3%/7,5 Mrd. €). Während sich die negative Tendenz bei den Küchen gegen Ende des Jahres leicht abschwächte, rutschten die Wohnmöbel durch besonders starke Einbußen im November und Dezember (-8,3%/-11,0%) noch weiter ins Minus.

Diese Rückgänge gingen weder an den Betrieben noch am Arbeitsmarkt spurlos vorüber. So mussten im vergangenen Jahr 25 Betriebe ihre Tore schließen, womit sich die Zahl der Unternehmen um 1,7 Prozent auf 1.393 verringerte. Zwischen Januar und Dezember waren im Durchschnitt 157.441 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt – 3.957 bzw. 2,5 weniger als im Vorjahr.

Noch negativer als bei den Möblern zeichnet sich das Bild bei den übrigen Herstellern der Holzindustrie. Hier gingen die Umsätze um insgesamt 5,5 Prozent auf 16 Milliarden € zurück. Besonders hart getroffen hat es dabei die Hersteller von Fertig-

bauteilen und Ausbauelementen aus Holz. Der Umsatz dieses baunahen Bereichs gab um 11,5 Prozent auf 6 Milliarden € nach. Deutlich im Minus auch die Sägewerke, die zwischen Januar und Dezember 2001 6,1 Prozent weniger umsetzten als im Vorjahr. Die Holzwerkstoffindustrie konnte sich mit einem Umsatz von 4,1 Milliarden € knapp im positiven Bereich halten (+0,8%). Mit 106.364 Beschäftigten waren im Holzgewerbe (ohne Möbel) rund 7.000 Männer und Frauen weniger beschäftigt als im Jahr 2000. Die Zahl der Betriebe ging um 4,1 Prozent (-79) auf 1.833 zurück.

Für 2002 können wir in der Gesamtbranche allenfalls auf 1,5 Prozent Wachstum hoffen. Dieser Wert klingt besser als er tatsächlich ist. Denn damit befänden wir uns gerade einmal auf dem Niveau des Jahres 2000. Und angesichts der derzeitigen Unwägbarkeiten und der Tatenlosigkeit der Politik ist keineswegs sicher, dass wir diesen Umsatzanstieg wirklich erzielen können. Doch den Unwägbarkeiten müssen wir durch innovative Produkte und überzeugende Unternehmenskonzepte offensiv begegnen. Da beides reichlich in unserer Branche vorhanden ist, sollten wir trotz aller Schwierigkeiten optimistisch bleiben und die Herausforderungen annehmen.

## **Die Kunststoff verarbeitende Industrie 2001**

Die Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie setzten im Jahr 2001 insgesamt 40,6 Milliarden € um und damit 0,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Das stärkste Plus konnten die Hersteller von Verpackungsmitteln aus Kunststoff erzielen. Hier lag der kumulierte Umsatz 5,8 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Ebenfalls positiv das Jahresergebnis der sonstigen Kunststoffwaren, die um 2,8 Prozent zulegten. Angesichts der schlechten Baukonjunktur gingen die Umsätze der Hersteller von Baubedarfsartikeln aus Kunststoff um 2,9 Prozent zurück. Die Zahl der Betriebe in der gesamten Kunststoff-Branche erhöhte sich um 0,4 Prozent auf 47.664. Im Jahresmittel waren 6,3 Millionen Frauen und Männer beschäftigt, 0,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

## **Leiner/kika signalisiert Einlenken**

Der österreichische Möbelriese Leiner/kika lenkt im Streit um die 2-Prozent-Forderung gegenüber den Lieferanten vermutlich ein. Damit hätte sich die deutsche Möbelindustrie durchgesetzt. Nach einer Abmahnung während der diesjährigen Möbelmesse

in Köln und einer darauf folgenden Einstweiligen Verfügung vom Landgericht Paderborn vom 1. Februar stehen die Chancen für den Handelskonzern denkbar schlecht. Die deutschen Anwälte von Leiner feilen derzeit an einer sogenannten Unterlassungserklärung, mit der in Zukunft darauf verzichtet wird, von den deutschen Lieferanten 2 Prozent des Vorjahresumsatzes einzubehalten.

Der gemeinsame Druck von Industrie und VDM und das rechtzeitige Agieren hätten damit zum Erfolg geführt. Wie von einigen Möbelunternehmen zu hören ist, spielte die 2-Prozent-Forderung auch in den Jahresgesprächen mit Leiner/kika keine Rolle. Ob am Ende nicht doch noch versucht wird, Druck auf Einzelne auszuüben, bleibt allerdings abzuwarten.

### **Einstweilige Verfügung gegen Leiner/kika auch in Österreich**

Gute Nachrichten auch aus Österreich: Hier legte jetzt auch das Landgericht in St. Pölten mit einer Einstweiligen Verfügung nach. Der österreichische Möbelverband hatte dort seinen Antrag auf Einstweilige Verfügung gestellt. Leiner/kika ist es demnach auch im Nachbarland verboten, „im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs von Lieferanten Geldleistungen oder sonstige Zusatzleistungen insbesondere Geldleistungen in Höhe von 2 Prozent des Einkaufsumsatzes des Jahres 2001 zu fordern“. Mit diesen 2 Prozent wollte der Konzern bekanntlich seine Euro-Umstellung finanzieren. Doch diesem dreisten Vorgehen wurde ein deutlicher Riegel vorgeschoben. Die Begründung der Richter in St. Pölten liest sich ähnlich wie die der Kollegen in Paderborn. Der Forderung von 2 Prozent liegt keine Gegenleistung oder irgendeine sachliche Rechtfertigung zugrunde, schreiben die Juristen dem Möbel-Riesen ins Stammbuch. Ein solches Vorgehen stelle als „Anzapfen“ einen Verstoß gegen § 1 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb dar. In der Begründung wird zudem deutlich, wie wichtig die deutsche Entscheidung für die österreichischen Richter war, indem mehrfach hierauf Bezug genommen wird. Anders als in Deutschland hat es in St. Pölten jedoch eine mündliche Verhandlung gegeben, in der die Vertreter von Leiner/kika versucht haben, das 2%-Schreiben als eine bloße Einladung zu weiteren Gesprächen zu verharmlosen. Die Richter haben dies allerdings nicht gelten lassen und erwidert, dass der Abzug unmissverständlich angekündigt worden sei und damit die Lieferanten „zweifelsohne einem wirtschaftlichen Druck ausgesetzt wurden.“

## **Basel II – Ungewissheit für den Mittelstand**

Das Thema Basel II hat inzwischen über die bankinternen Fachkreise hinaus große Beachtung gefunden. Zu Recht. Denn durch die neuen internationalen Richtlinien des in Basel angesiedelten Ausschusses für Bankenaufsicht wird sich bei der zukünftigen Kreditvergabe einiges ändern. Obwohl Basel II frühestens 2006 in Kraft treten wird und obwohl in den noch laufenden Verhandlungen noch einige Änderungen zu erwarten sind, wird sich gerade für den Mittelstand einiges ändern. Und darum geht es im Kern:

Durch Basel II werden sich die Kreditkonditionen der Banken in Zukunft stärker an der Risikoeinstufung des Kreditnehmers orientieren als in der Vergangenheit. Während bislang Kredite von den Banken einheitlich mit 8 Prozent Eigenkapital unterlegt werden müssen, um das Ausfallrisiko abzufangen, wird dieser Anteil zukünftig stärker variieren. Bei Kunden mit guter Bonität (= geringe Ausfallwahrscheinlichkeit) wird weniger Eigenkapital gebraucht, bei Kunden mit geringer Bonität entsprechend mehr. Mit steigender Eigenkapitalunterlegung steigen auch die Kosten für die Banken und die Kredite werden teurer. Die Folgen liegen auf der Hand: Für die Banken wird es tendenziell attraktiver, Kredite an Schuldner mit „guter Qualität“ zu vergeben. Außerdem wird es bei den Kreditkonditionen – sprich den Zinssätzen – eine stärkere Spreizung geben, da die Quersubventionierung der Risiko behafteten Kreditnehmer durch die „sicheren“ Kreditnehmer geringer wird.

Zwar stehen die Kriterien, anhand derer die Einstufung vorgenommen wird, noch nicht endgültig fest, doch zeichnen sich folgende Tendenzen ab: Unternehmen werden sich einem Rating-Verfahren unterziehen müssen, bei dem die individuelle Eigenkapitalquote eine verstärkte Rolle spielen wird. Darüber hinaus gehen aber auch Kriterien wie Management, Branchensituation, wirtschaftliche Verhältnisse und die weitere Unternehmensentwicklung in die Analyse ein. Was bedeutet das für unsere Branche? Mit einer erfahrungsgemäß geringen Eigenkapitalquote von etwa acht Prozent könnte es gegenüber anderen Branchen Nachteile beim Rating geben. Es wird dann von den individuellen Unternehmenskonzepten - den sogenannten weichen Faktoren – abhängen, ob eine höhere Risikoeinstufung erfolgt. Ein weiterer Knackpunkt ist die bislang noch vorgesehene stärkere Risikogewichtung von langfristigen Krediten gegenüber kurzfristigen. Angesichts der hierzulande traditionell

langen Laufzeiten drängt die deutsche Delegation hier auf Nachbesserungen.

Eine neue Auswirkungsstudie wird insbesondere die Mittelstandsaspekte einer Art Praxistest unterziehen. Ergebnisse werden für den Spätsommer erwartet. Ein erster Praxistest hatte bereits im vergangenen Jahr zu einigen Verbesserungen geführt. Die Anforderungen für kleine Unternehmen wurden dadurch gesenkt, dass ein bankinternes Rating statt eines teuren externen Ratings zugelassen werden soll und eine Art Poolbildung die Eigenkapitalunterlegung senkt. Hierdurch wird anerkannt, dass kleinere Unternehmen geringere Kreditbeträge nachfragen und somit eine breite Risikostreuung bewirken. Noch offen ist allerdings die Frage, bis zu welcher Unternehmensgröße die Erleichterungen gelten sollen. Der Mittelstand muss hier eingeschlossen werden. Eine allgemeine Entwarnung kann zum derzeitigen Zeitpunkt also noch nicht gegeben werden. Da die Banken bereits jetzt beginnen, sich an den neuen Kriterien zu orientieren, bleibt unseren Unternehmen zudem wenig Zeit, sich auf ein verschärftes Rating vorzubereiten. Doch gerade diese Vorbereitungen sind wichtig, um in künftigen Kreditverhandlungen die Chancen von Basel II in Form einer geringeren Risikoeinstufung nutzen zu können.

## **Basel II – Unseriöse Panikmache**

Wie schnell ein sensibles Thema wie Basel II zur platten Stimmungsmache missbraucht werden kann, zeigt eine Meldung der Unternehmensberatung Dr. Wieselhuber und Partner. „Der deutschen Möbelindustrie steht eine neue Insolvenzwelle bevor, der in den nächsten drei bis fünf Jahren ca. 30 Prozent der Unternehmen zum Opfer fallen werden“. Ein vorschneller Text der Werbeabteilung, der das Interesse auf eine Studie zu eben diesem Thema lenken sollte. Nur zu diesem Zeitpunkt war die Studie, auf die wir im Vorfeld in *direkt* hingewiesen hatten, noch gar nicht abgeschlossen und ausgewertet. Die konkrete Aussage zur Möbelindustrie entpuppte sich beim Nachfragen als allgemeine Analyse des Mittelstandes – unabhängig von der Branche. Bleibt zu hoffen, dass dieses platte und zudem unseriöse Vorgehen nicht schon für die Qualität der Untersuchung spricht. Die Ergebnisse werden wir mit aller notwendigen Vorsicht analysieren und an dieser Stelle vorstellen.

## **Genehmigung der Ökosteuer-Ermäßigungen**

Am 12. Februar des Jahres haben sich die Büros der Kommissare der Europäischen Union im Beihilfeverfahren zu den deutschen Ökosteuererleichterungen darauf verständigt, dass die derzeit gültigen Steuererleichterungen für das produzierende Gewerbe bis zum Jahr 2012 genehmigt werden. Die achtprozentige Befreiung von der Erhöhung der Mineralölsteuer für Heizstoffe und die Verringerung des Regelsatzes für die Stromsteuer bleiben somit erhalten. Es ist davon auszugehen, dass sich die EU-Kommissare dieser Entscheidung anschließen werden. Außerdem wird ein unabhängiges Institut im Jahr 2004 ermitteln, ob die Industrie insgesamt die in den Zielvorgaben vorgesehenen Energieeinsparungen erbringen kann.

## **Furniture China 2002 – Asiens größte internationale Möbelmesse auf neuem Gelände.**

Die „Furniture China 2002“ findet vom 11. bis 15. September im neuen Messegelände Shanghai New International Expo Center statt. Die Ausstellungsfläche beträgt 100.000 qm (in 2001 80.000). Veranstalter der Messe sind China National Furniture Association und Shanghai CMP Sinoexpo International Exhibition Co. Ltd. Seit 1997 gilt die Shanghaier Möbelmesse als eine der wichtigsten und größten Veranstaltungen in Asien. Als Schaufenster nationaler und internationaler Möbelangebote bietet die Messe eine gute Möglichkeit, mit neuesten Produkten in China Flagge zu zeigen.

Die deutsche Export Marketing Gesellschaft und der Verband der Deutschen Möbelindustrie sind mit einem Informationsstand präsent, um u.a. Handelsauskünfte über den Möbelmarkt Deutschland zu erteilen und Geschäftskontakte zu knüpfen.

Parallel zur Furniture China 2002 findet die Möbelfertigungsmesse Furniture Manufacturing China 2002 im Shanghai E-verbright Convention & Exhibition Centre statt.

Weitere Auskünfte unter [www.e-furniture.net.cn](http://www.e-furniture.net.cn)

## **Kabinett verabschiedete Altholzverordnung**

Am 6. Februar 2002 hat das Bundeskabinett die Verordnung über die Entsorgung von Altholz beschlossen. Die Verordnung gilt für die stoffliche und energetische Verwertung sowie für die Beseitigung von Altholz. Die Umweltausschüsse von Bundestag und Bundesrat müssen noch ihr Votum abgeben. Anschließend müssen Bundestags- und Bundesratsplenum zustimmen. Geplant ist, die Altholzverordnung noch in dieser Legislaturperiode zu veröffentlichen; die Verordnung kann frühestens 6 Monate nach der Veröffentlichung in Kraft gesetzt werden. Die Kabinettsfassung senden wir Ihnen gerne zu. Bitte nutzen Sie die beigefügte Faxanforderung.

### **Marktinformation Laubholz**

Der Verband der Säge- und Holzindustrie in Baden-Württemberg weist auf die folgende Einschätzung zum Laubholzmarkt hin: Zwar sei den Fachzeitschriften zu entnehmen, dass die schwache Nachfrage nach Buchenrundholz auch mit einem deutlichen Preisrückgang einher gehe. Doch müsse dabei zwischen der Preisentwicklung bei Wertholzsubmissionen einerseits und dem Freihandverkauf von Schneidware andererseits unterschieden werden. Die Preisrückgänge bei guter Schneidware im Freihandverkauf seien bei weitem nicht so stark ausgeprägt. Angesichts dieser nur geringen Schwankungen erwarten die Laubholz produzierenden Betriebe des Verbandes stabile Preise bei daraus erzeugten Buchen-Schnittholzsortimenten. Mit Preisrückgängen sei nicht zu rechnen.

### **Möblierung des Deutschen Bundestages**

Irritationen verursachten in den vergangenen Wochen Berichte in Focus und Bild am Sonntag. Es wurde der Eindruck erweckt, der Deutsche Bundestag habe bei der Ausstattung der neuen Abgeordnetenbüros- und Gebäude nicht nur mit Geld um sich geschmissen, sondern italienischen Möbelherstellern den Vorzug vor deutschen Herstellern gegeben. Diese Meldungen waren angehäuft mit Unwahrheiten. Deshalb hier nur die wichtigsten Fakten zur Richtigstellung:

Die europaweit geltenden Vergabevorschriften wurden beachtet, jeder Anbieter mit Geschäftssitz innerhalb der EU konnte sich also an der Ausschreibung beteiligen. Bei der Ausstattung von Büros, von Sitzungssälen, Besprechungsräumen etc. sind

mit einer Ausnahme nur Fabrikate deutscher mittelständischer Unternehmen ausgewählt worden. Für die Lobby-Bereiche wurden Entwürfe der Dessauer Bauhauszeit ausgewählt, deren Lizenzen sich nicht in der Hand von deutschen Unternehmen befinden. Insgesamt sind bei einem Vertragsvolumen von 14.126.000 Euro für das Jakob-Kaiser-Haus und das Paul-Löbe-Haus Bestellungen an ausländische Lieferanten (vor allem in Dänemark, Italien und den USA) im Umfang von ca. 870.000 Euro gegangen, also gerade sechs Prozent des Gesamtumfangs. Der in der Bild am Sonntag zitierte Vorsitzende des Bauausschusses, Dr. Kansy, hat – so versichert uns sein Büro – mit seinem Ausspruch „Wir wollten keinen Schrott haben, ...“ keineswegs auch nur im entferntesten die heimischen Hersteller im Visier gehabt, an die die Aufträge ja dann auch zu 94 Prozent gegangen sind.